Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 15 (1939-1940)
Heft: 12

Artikel: Parteien oder Bünde
Autor: Huber, Fortunat
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1066545

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Parteien oder Bünde

Von Fortunat Huber

Illustration von

H. Tomamichel

Die Revolution in Deutschland hatte vor acht Jahren auf unser politisches Leben einen ähnlichen Einfluss wie die europäischen Umwälzungen heute. Wie damals versuchen auch jetzt trübe Elemente aus der politischen Unruhe Gewinn zu ziehen. Einige davon haben es nicht nötig, erst umzufallen. Sie lagen von Anfang an mit einem oder beiden Beinen auf der falschen Seite — jenseits der Schweizergrenze. Andere sind damals, inzwischen mehrmals, und heute wieder umgefallen. Ihr Leben ist ein Wirbel von Purzelbäumen. Sie kommen überhaupt nie zum Stehen. Es ist eine verschwindend kleine, aber aus lauter Angst sehr red- und schreibselige Minderheit. Sie ist das schwächste Glied unserer Gemeinschaft. Das gibt es in jedem Volke, wie in jeder Familie. Es ist bedauerlich, aber nicht zu ändern. Das beste ist, derartige Leute möglichst wenig zu beachten, und, wo solche Jammergestalten Einfluss auf die Staatsgestaltung haben, oder über die

Parteien oder durch hochgestimmte Zeitungsartikel zu erlangen suchen, ihnen die Türe zu weisen.

Etwas grundsätzlich anderes als das Umfallen ist die Bereitschaft, die neuen Tatsachen, vor die unser Staatswesen gestellt ist, zu erkennen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Das ist für unser Volk so notwendig, wie es für einen einzelnen Bürger, dessen Verhältnisse sich plötzlich grundlegend verändert haben, Pflicht ist, seine bisherigen Lebensgewohnheiten auf ihre fernere Berechtigung hin neu zu überprüfen. Soweit bei uns politische Unruhe herrscht, ist sie so zu verstehen. Politische Neugründungen, wie der Gotthardbund, sind Versuche mit Grund beunruhigter Bürger, die schwierige Lage unseres Staates mit neuen Mitteln zu meistern.

Ein faules Staatswesen muss jede neue politische Bewegung fürchten. Die Schweiz ist in ihren Grundlagen kerngesund. Sie hat in den letzten acht Jahren gezeigt, dass ihre politischen Formen jung und beweglich genug sind, um neuen politischen Gruppen, die im Rahmen unserer Verfassung bleiben, Raum zu gewähren. Sie hat sich aber auch als stark genug erwiesen, um staatsgefährliche Neubildungen teils ohne, teils mit Verbot auszumerzen. Es wäre deshalb verkehrt, einer politischen Neubildung vom gut schweizerischen Ursprung des Gotthardbundes von vornherein mit Misstrauen zu begegnen.

Aus den bisherigen Veröffentlichungen des Gotthardbundes geht nicht klar hervor, ob er als überparteiliche Gemeinschaft durch seine Mitglieder in den bestehenden Parteien wirken, oder als Partei mit diesen in Wettbewerb treten will. Wie er sich auch entscheiden mag, es steht auf alle Fälle fest, dass seine scharfen Angriffe gegen die bestehenden Parteien unmöglich als Ablehnung der politischen Parteien an sich betrachtet werden dürfen. Wir haben kein Recht, ihm einen solchen Unsinn zuzumuten. Die politischen Parteien sind freiwillige Zusammenschlüsse politisch Gleichgesinnter zur Gemeinschaftsarbeit an der Gestaltung des Staates. Sie bilden ein Hauptmerkmal der Staaten freier Bürger.

Die wesentlichen Vorwürfe, die der Gotthardbund gegen die bestehenden Parteien erhebt, lassen sich wohl folgendermassen zusammenfassen:

1. Sie spalten das Volk, statt die verschiedenen Volksgruppen im gemeinsamen Ziel des starken, an allen Gliedern gesunden Staates zu einigen.
2. Ihr Ziel ist nur auf dem Papier das allgemeine Wohl. In Wirklichkeit vertreten sie einseitig die Forderungen bestimmter Wirtschaftsgruppen.
3. Selbst diese vertreten sie schlecht. Die Parteien haben die Fühlung mit den Bürgern, die sie zu vertreten vorgeben, verloren. Geblieben sind einzig die Parteiapparate und der Parteibetrieb, der sich ohne Rücksicht auf die Erfordernisse des Staates als Leerlauf selbst erhält.

Niemand wird diesen Vorwürfen die Berechtigung ganz absprechen. Sind politische Neugründungen wie der Gotthardbund — es ist durchaus möglich, dass andere folgen — in der Lage, den Uebelständen unserer Politik wirksamer zu begegnen als die bestehenden Parteien?

Politische Neubildungen haben den Vorteil, von keiner Vergangenheit belastet zu sein. Sie ziehen deshalb alle in ihren politischen Erfahrungen enttäuschten Bürger an, aber auch die noch viel zahlreichern, die es in ruhigen Zeiten unnötig finden, Politik zu treiben. Es ist verlockender, bei einer Bewegung von Anfang an mitzumachen, als einer alten Partei als Neuling beizutreten. Der zweite Hauptvorteil von politischen Neugründungen ist, dass sie in ihrem Programm noch nicht festgelegt sind. Im Gegensatz zu den alten Parteien, deren Programm trotz des langen Bestehens teils unerfüllt blieb, teils bereits verwirklicht wurde und deshalb nun als selbstverständlich gilt, und sich ausserdem in gewissen Punkten als falsch erwiesen hat.

Diese grossen Vorteile der politischen Neugründungen können für die Be-

kämpfung unserer politischen Mißstände wertvoll sein. Ob sie es wirklich sein werden, hängt davon ab, wieweit es ihnen gelingt, aus ihren Mitläufern Mitarbeiter zu machen.

Wenn sich eine neue Bewegung dem Vorwurf, das Volk zu spalten, statt zu einigen, nicht selbst aussetzen will, muss sie die berechtigte Ueberzeugung haben, einmal die Mehrheitspartei werden zu können. Eine starke Mehrheitspartei ist das ständige Ziel jedes demokratischen Staates. Nur eine solche kann ihre politischen Ziele verwirklichen, und nur ihr kann die volle Verantwortung für das, was sie tut, und das, was sie unterlässt, aufgebürdet werden.

Wenn eine neue Partei dem zweiten Vorwurf entgehen will, nicht dem Gemeinwohl zu dienen, sondern die Forderungen bestimmter Wirtschaftsgruppen zu vertreten, dann muss sie einen Weg kennen, um die unvermeidlichen Auseinandersetzungen der sich stets notwendig widerstreitenden, immer wechselnden wirtschaftlichen Bedürfnisse der verschiedenen Stände in ihrem eigenen Rahmen auszutragen. Die Gegensätze zu verwedeln oder ihre Unvermeidlichkeit gar übersehen zu wollen, führt zu nichts.

Der dritte Vorwurf an die Parteien, diese hätten die Fühlung mit dem Volke verloren und seien zu toten Parteimaschinen geworden, müsste sich in kürzester Frist auch gegen jede neue politische Gruppierung wenden, wenn sie es nicht versteht, das Uebel, das die Parteien zu Parteibetrieben gemacht hat, mit der Wurzel auszurotten. Das wird das schwerste sein.

In einem Dorfe kennt jeder Einwohner den andern. Man kennt nicht nur die Ansichten und Leistungen des einzelnen, sondern auch diejenigen seiner Väter und Grossväter. Wenn man einem Mitbürger die Stimme gibt, weiss man genau, was man tut. Je grösser eine Gemeinde wird, um so weniger trifft das zu. Es gibt in den grossen Städten Gemeinderäte, Kantonsräte und Nationalräte, die dem allergrössten Teile der Wähler nur durch das bekannt sind, was man aus den Parteiaufrufen für und gegen sie erfahren kann.

Aber nicht nur der einzelne Politiker ist durch die Veränderung der Verhältnisse aus dem Gesichtskreis des Bürgers gerückt. Die Gemeindepolitik eines Dorfes von tausend Einwohnern ist so übersichtlich, dass sie in allen ihren Geschäften jedem Bürger verständlich ist. Wird über einen Strassenbau, über eine Kanalisation abgestimmt, so kann sich jeder Wähler über die Vor- und Nachteile der Vorlage aus eigenem Augenschein ein Bild machen. In Städten wie Zürich, Bern und Basel sind die Verhältnisse schon derart unübersichtlich, dass bei den meisten Vorlagen nur noch ein kleiner Kreis von Sachverständigen diese wirklich beurteilen kann. Der Bürger muss sich mehr und mehr auf die Weisungen von Vertrauensleuten seiner Partei verlassen, die er in den seltensten Fällen kennt.

Diese Verhältnisse, nicht die Parteien, sind die hauptsächliche Ursache der Veräusserlichung der Parteien zu Parteibetrieben. Aber die Verhältnisse lassen sich nicht ändern. Das einzig Mögliche ist die Anpassung der Parteien an die veränderten Verhältnisse. Diese jedoch erfordert eine Mitarbeit des einzelnen Bürgers, die weit über das Mass des bis jetzt Geleisteten hinausgeht. Je grösser die Verhältnisse werden, um so zahlreicher müssen die Arbeitsgruppen der Parteien sein. Ihre Gliederung muss so verzweigt und feinmaschig werden, dass jede Arbeitsgruppe ihr Gebiet wirklich umfassen und verstehen kann. Das gilt nicht etwa nur geographisch, sondern für alle Sachgebiete. Jede Arbeit, auch die politische, die man nicht wirklich überblickt, ist notwendig immer nur Scheinarbeit. Sie führt zu keinen Ergebnissen und ist für alle, die sie ausführen, unbefriedigend. Der Parteimaschinerie kann durch keine Kunstgriffe Leben eingeflösst werden. Sie ist tot und bleibt tot. Die einzige Möglichkeit, die Parteien wieder zu lebendigen Werkzeugen des Staates zu machen, ist eine genügende Zahl von Mitgliedern,

Photo: H. Froebel

die bereit sind, nicht nur mit zu stimmen, sondern auch mit zu arbeiten.

Es ist, wie gesagt, wahrscheinlich, dass neue Parteibildungen in der Werbung von Mitgliedern erfolgreich sein werden. Aber in diesem Vorteil liegt auch die grösste Gefahr. Die politisch enttäuschten Bürger, und vor allem alle politischen Neulinge, sind zwar leicht zu gewinnen, aber ebenso leicht wieder zu verlieren. Niemand verlangt mehr und schnellere Ergebnisse als sie. Es ist zu fürchten, dass schon während der Bildung der Parteigliederung, der Wahl oder Berufung der Vorstände, Ausschüsse und Unterausschüsse ein Teil der Mitläufer ausreisst. Entweder, weil sie bei der Aemterverteilung leer ausgehen, oder aber, weil ihnen die Männer, denen diese zugedacht werden, nicht liegen. Vielleicht auch nur deshalb, weil sie bald einmal das Gefühl bekommen, dass sich auch hier wieder der ganze Eifer nur in Parteigeschäftigkeit auflöse. Und doch sind diese Vorarbeiten unerlässlich, um überhaupt Arbeit leisten zu können. Die Festlegung des Programms ist die zweite grosse Klippe für jede politische Neubildung. Sobald von den allerallgemeinsten Grundsätzen auf besondere eingegangen wird, treten notwendigerweise Meinungsverschiedenheiten auf. Jedes Mitglied wird befremdet feststellen, dass die andern eigentlich doch andere Ziele im Auge haben als es, oder dass ihnen zum mindesten nicht die gleichen Programmpunkte wichtig sind wie ihm. Und doch hängt die spätere sinnvolle Tätigkeit einer politischen Neubildung davon ab, dass sie ein Programm festsetzt, das über allgemeine unverbindliche Phrasen hinausgeht.

Auch bei den politischen Neubildungen, und gerade bei diesen, werden zahlreiche Mitglieder glauben, es müssten eigentlich die andern sein, die ihre Zeit und Arbeit opfern, oder doch, wenn sie sich schon selbst dazu entschliessen wollten, ihnen das nur auf interessanten und wichtigen Posten zugemutet werden könnte. Zum allermindesten werden sie erwarten, dass ihre Arbeit auf einem bescheidenen Posten mit Anerkennung und Dank aufgenommen werde. Alle drei Forderungen sind grundsätzlich unerfüllbar. Die politische Arbeit wird, wie jede andere, immer nur getan, wenn man sie selbst tut. Die « interessanten Posten » sind auch in der Politik notwendig selten. Die politische Kleinarbeit findet niemals weder Anerkennung noch Dank.

Im Erwerbsleben ist sich jeder Bürger bewusst, dass auch der kleinste Erfolg nur mit äusserster Mühe zu erreichen ist, dass jede Tätigkeit aus aufreibender und nichtiger Kleinarbeit besteht, dass sich ihm, wo er geht und steht, Tücke und Ränke entgegensetzen. Er weiss oder lernt es auf jeden Fall bald, dass man ihn nirgends seiner guten Absichten wegen mit offenen Armen empfängt, dass man ihn als entbehrlich betrachtet, bevor er seine Brauchbarkeit bewiesen hat, und er seinen Platz, auch wenn er ihn einmal einnimmt, immer wieder aufs neue behaupten muss.

Nur im politischen Leben erwartet der Bürger, dass es ohne Kleinarbeit, Demütigungen und Enttäuschungen, ohne Ränke und Tücken gehen sollte. Mit welcher Berechtigung? Wie könnten sich die Menschen im politischen Leben anders verhalten als auf irgendeinem andern Gebiet? Der Mensch ist, wo er wirkt und lebt, kleinlich, eigennützig und undankbar. Es gilt auch hier, bei der politischen Arbeit, dennoch bei der Stange zu bleiben. Der einzige Lohn, der erwartet werden darf, ist das gute Gewissen, die Pflicht als Bürger eines Staates erfüllt zu haben, dessen erste Daseinsbedingung ist, immer wieder eine ausreichende Zahl von Bürgern zu besitzen, die sich zu uneigennütziger, undankbarer politischer Kleinarbeit bereit finden.

Wenn diese Erziehungsarbeit den politischen Neubildungen besser gelingen sollte als den alten Parteien, dann wäre ihr Verdienst um unsern Staat gross. Aber wird sich diese Erwartung erfüllen? Ich schätze die Erfolgsaussichten des Zusammenschlusses der bestehenden Parteien zu einer Arbeitsgemeinschaft, wie er im

Photo: Hans Baumgartner

Kanton Bern zustande kam, höher ein, wenn dieser wirklich mehr ist als ein Schutz- und Trutzbündnis zu ihrer Selbstbehauptung. Wahrhaft segensreich könnte dieser Zusammenschluss wirken, wenn in ihm zum tätigen Ausdruck käme, dass das oberste gemeinsame Ziel aller Parteien die Erhaltung des Staates ist, und die Verschiedenheit der Parteien nur in den abweichenden Meinungen über die Gestaltung des Staates bestehen darf. Aber auf alle Fälle bliebe es auch bei diesem Zusammenschluss keiner Partei erspart, die Parteimaschinerie durch lebendige Arbeit zu ersetzen. Diese freilich kann im Grund immer nur vom einzelnen Staatsbürger geleistet werden, der sich zur Einsicht durchgerungen hat, dass an allen Uebelständen unserer Politik letzten Endes nicht die Parteien schuld sind, sondern er selbst, der sich seit Jahrzehnten geweigert hat, politisch mit zu arbeiten. Jener politische « Idealismus » muss verschwinden, der sich etwas darauf einbildet, mit dem Schmutze der Politik nichts zu tun zu haben. Als ein Idealist darf auch im politischen Leben nur gelten, wer die Kraft und die Bereitschaft findet, sich selbst mit der « gemeinen » Wirklichkeit auseinander zu setzen. Fehlt sie ihm, so ist er, wie hochgestimmt seine Seele und wie edel seine Absichten sein mögen, nur ein bequemer Nichtsnutz.

Aber ist gegenwärtig Zeit für derartige Ueberlegungen? Heisst es nicht, Eile tue not, es sei nun genug geredet worden, es würden « Taten » erwartet? Gewiss, Eile tut immer not, in den gegenwärtigen Umständen vor allem. Aber eilige Arbeit kann heute, wie die Dinge liegen, weder von den politischen Parteien noch von politischen Neugründungen geleistet werden, sondern nur vom Bundesrat, den unsere, von uns gewählte Volksvertretung mit allgemeinen Vollmachten ausgestattet hat. Und auch bei ihm ist es wichtiger, wohl überlegt als eilig zu handeln.

Die Tätigkeit des Parlamentes, der politischen Parteien und der politischen Neugründungen besteht zunächst nur darin, dem Bundesrat ein wahres Spiegelbild des Volkswillens zu vermitteln, ihm vernünftige Vorschläge zu machen, wie diesem nützlich Ausdruck verliehen werden könnte, und ihm Männer zur Verfügung zu stellen, die sich zur Durchführung gewisser Arbeiten eignen. Im übrigen haben sie vor allem dahin zu wirken, dass die Beschlüsse unseres Bundesrates, wenn sie einmal gefasst sind, nicht durchkreuzt, sondern mit ihrer Unterstützung sinngemäss durchgeführt werden.

Im « Fähnlein der sieben Aufrechten » sitzen die Bürger zusammen, um die Wahl ihrer Ehrengabe für das schweizerische Schützenfest zu treffen. Sie alle sind gute Patrioten. Und doch schlägt der Silberschmied vor, einen Becher zu stiften, der ihm seit Jahren im Schaufenster steht, der Schmied einen Pflug, der doch nicht ganz zweckmässig erfunden ist, der Schreiner ein Himmelbett, das ihm schwer anliegt, der eine Wirt den Wein, der zu teuer ist, um Abnehmer zu finden, der andere Wirt eine Kuh, die beim Melken den Kübel umschlägt. Sie haben trotz ihrer Vaterlandsliebe zunächst versucht, das Opfer, das sie zu bringen bereit sind, zum Gegenstand eines Gewinns zu machen. Aber schliesslich gehen sie in sich und entschliessen sich zu einem uneigennützigen, wirklichen Opfer. Wir Schweizer sind die alten geblieben. Auch heute sind alle unsere politischen Parteien und Neubildungen willig, dem Vaterland zu opfern. Aber versuchen sie es nicht alle wiederum, damit ein kleines Nebengeschäft zu verbinden und einen ihrer politischen Ladenhüter an den Mann zu bringen? Wir dürfen hoffen, es werde den alten und neuen Parteien gleich gehen wie den sieben Aufrechten: sie werden sich am Ende eines Bessern besinnen und bereit sein, dem Vaterland in dieser bewegten Zeit ein wahres Opfer zu bringen.